KOLUMNE 10.08.2015 | Ian Buruma

Clowns als Wahlkämpfer

Über das Phänomen des Trumpismus.

Dass Donald Trump, der Immobilienmagnat und Reality-Show-Gastgeber, auch als „The Donald“ bekannt, der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird, ist unwahrscheinlich. Er ist laut, grob und weitgehend ungebildet. Und mit seinen aufgebauschten und übergekämmten blonden Haaren sieht er ziemlich absurd aus. Sogar überzeugte Republikaner haben ihn als „Rodeo-Clown“ und seine Kampagne als „Zirkus“ verspottet. In der *Huffington Post* wird über Trumps Wahlkampf demonstrativ nur im Unterhaltungsteil berichtet.

Und trotzdem lässt Trump im Kampf um die Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten momentan alle seine Rivalen hinter sich. Sogar in der US-Politik, die sehr seltsam sein kann, ist dies außergewöhnlich. Wie lässt sich Trumps Beliebtheit erklären? Sind alle seine Unterstützer „Verrückte“, wie sich Senator John McCain, vielleicht etwas ungeschickt, ausdrückte?

Trumps Kritiker behaupten, er ziele auf die niedersten Instinkte enttäuschter Wähler ab, die ausländerfeindlich sind – insbesondere gegenüber Mexikanern –, misstrauisch gegenüber Bankern – oder eigentlich jedem mit einer höheren Ausbildung –, und die immer noch darunter leiden, dass ein Mann mit einem schwarzen Vater zum Präsident gewählt wurde. Trump ist in den Worten des Komödianten Jon Stewart das „Es“ Amerikas, oder zumindest das „Es“ einer großen Anzahl meist weißer, meist älterer und meist kleinstädtischer Amerikaner.

Teil eines größeren Phänomens

Nun, dies mag alles richtig sein. Aber Trump ist auch Teil eines größeren Phänomens, das sich durch die ganze demokratische Welt zieht.

Enttäuschte Wähler gibt es überall, ob in den USA, in Europa oder in Indien. Aber sie wenden sich nicht nur von den großen politischen Parteien ab und folgen Populisten, die versprechen, die korrupten Eliten zu entmachten, sondern sie haben auch ein Faible für politische Entertainer, oder man könnte sagen, für Clowns.

Beppe Grillo, ein Berufskomiker, steht heute an der Spitze der zweitgrößten politischen Partei Italiens. Sein Ziel ist, das politische Establishment des Landes zu stürzen und die Europäische Union damit zu ärgern, dass Italien aus der Eurozone austritt.

In gewissem Sinne hat Italien natürlich bereits dreimal eine Clownfigur zum Ministerpräsidenten gewählt. Silvio Berlusconi, ein weiterer Immobilienmilliardär, der seine Karriere als Schlagersänger auf einem Kreuzfahrtschiff begann, war sogar noch schriller als Trump, aber ein Meister der Massenmedien – im wahrsten Sinne des Wortes, da die meisten davon ihm gehörten. Ebenso wie „The Donald“ mochten ihn die meisten, insbesondere die Männer, nicht trotz seiner hanebüchenen Aussagen und seinem grellen Verhalten, sondern gerade deswegen.

Ein Fernsehkomiker namens Victor Trujillo, besser bekannt als „Brozo der gruselige Clown“, wurde zum einflussreichsten politischen Kommentator von Mexiko. In den Niederlanden, die sonst nicht unbedingt für clowneske Politiker bekannt sind, wurde die populistische Welle von Pim Fortuyn angeführt, einem auffällig schwulen Mann, der provokative und immer sehr unterhaltsame öffentliche Auftritte hinlegte. Auch für ihn war sein Talent für schockierende Aussagen kein Hindernis, sondern ein Vorteil. Nach Fortuyns gewaltsamen Tod im Jahr 2002 war der hellste Stern am niederländischen Populistenfirmament Geert Wilders, ein ehemaliger Punk-Rocker mit platinblond gefärbtem Haarschopf.

Feindschaft gegen die „Eliten“

Neben ihren merkwürdigen Frisuren – der unter Haarverlust leidende Berlusconi lässt sich seinen Kopf anmalen – haben die neuen Populisten noch weitere Dinge gemeinsam. Ob sie Milliardäre sind oder nicht: Sie eint eine intensive Feindschaft gegen die sogenannten Eliten, von denen sie sich sozial ausgeschlossen fühlen. Wilders, Trump und andere ihrer Art springen auch auf die allgemeine migrantenfeindliche Stimmung auf.

Trump bezeichnet Mexikaner in den USA als „Vergewaltiger“. Wilders will den Koran verbieten und Muslimen die Einreise in sein Land verwehren. Aber auch dies ist Teil der Abneigung gegen die Eliten, die beschuldigt werden, Fremden die Einreise erst zu ermöglichen.

In Europa kann der Hass auf Einwanderer oder den Islam schnell in Feindschaft gegen die Europäische Union umschlagen, die als weitere Bastion fest verwurzelter Eliten gesehen wird. Dies haben Wilders und Grillo gemeinsam.

Aber ich glaube, dafür, dass die politischen Clowns so gut ankommen, gibt es noch einen einfacheren Grund. Viele Menschen haben genug von der Klasse der Berufspolitiker. In der Vergangenheit kamen Politiker der Linken oft aus den Gewerkschaften, während die Konservativen reiche Unternehmer oder Landbesitzer waren. Die sozialen Klassen hatten ihre eigenen Interessen, die jeweils durch Parteien mit klaren ideologischen Unterschieden vertreten wurden.

Heute allerdings sehen die Menschen immer weniger Unterschiede zwischen Politikern verschiedener Parteien. Sie werden unter Rubriken wie „Washington“, „Brüssel“ oder „Wall Street“ zusammengefasst.

Diese Wahrnehmung ist übertrieben, insbesondere in den USA. Unter einem republikanischen Präsidenten wäre das Land völlig anders, insbesondere bei einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

Wahrnehmung von parteiübergreifender Zusammenarbeit als Korruption

Aber vielerorts ist es sicherlich wahr, dass die ideologischen Unterschiede weitgehend verschwunden sind. Sozialdemokraten regieren in Koalitionen mit gemäßigten Konservativen. Der Neoliberalismus dominiert. Die Politik scheint sich zunehmend in ein geschlossenes System zu verwandeln, innerhalb dessen die Mitglieder derselben politischen Klasse um Jobs konkurrieren – anstatt sich für die besten Ideen oder für umfassendere kollektive Interessen einzusetzen.

So gesehen ist der Trumpismus oder Grilloismus eine Revolte gegen die professionellen Politiker. Trump bemüht sich nicht nur gegen einen demokratischen Kandidaten um die Präsidentschaft, sondern tritt auch gegen das Establishment seiner eigenen Partei an. Seine Unterstützer sind empört über die Kompromisse, die in Washington zwischen führenden Republikanern und Demokraten eingegangen werden. Sie sehen parteiübergreifende Zusammenarbeit nicht als notwendig für die Regierung eines großen und vielfältigen Landes, sondern als eine Art von Korruption.

Deshalb haben sie bereits vor fünf Jahren für die Politiker der Tea Party gestimmt, die lieber einen Zusammenbruch der Regierung in Kauf nahmen, als einer Einigung mit den Demokraten zuzustimmen. Und deshalb jubeln sie einem angeberischen Großmaul wie Trump zu.

Aber ohne Kompromisse wird eine Demokratie unregierbar. Und vor dieser Gefahr stehen die USA momentan. Auch wenn Trump nicht der nächste Präsident wird, ist der populistische Schaden bereits entstanden.

© Project Syndicate



Ian Buruma
New York

Ian Buruma ist Professor für Demokratie, Menschenrechte und Journalismus am *Bard College*. Er ist der Autor zahlreicher Bücher, u.a. *Murder in Amsterdam: The Death of Theo Van Gogh and the Limits of Tolerance* sowie *Taming the Gods: Religion and Democracy on Three Continents.*

8 LESERBRIEFE

Joana A. schrieb am 10.08.2015

Buramas Analyse ist genauso erschreckend wie zutreffend. Aber was bedeutet das jetzt? Heißt das, dass sich "Berufspolitiker" nun den miesesten Formen des Populismus hingeben sollen, um sich in der Gunst um Aufmerksamkeit gegenseitig verantwortungslos zu unterbieten?

Bernhard Schiffel schrieb am 11.08.2015

Politiker ?? sind das die ,die im Schleim der Lobby kriechen ??Als Volksvertreter habe ich lange Keinen mehr erkannt . Zumindest in der ersten Reihe finde ich keinen . In der dritten Reihe könnte es welche geben .

HerbertJ schrieb am 11.08.2015

Dank an Ian Buruma für seine zutreffende Analyse. Der Erfolg von Anti-Politikern und Populisten wie Berlusconi, Grillo, Marine Le Pen, Trump, Ukip, der Dänischen Volkspartei und so vielen anderen ist auch

aufgrund von Defiziten bei den Parteien der Mitte und der Sozialdemokratie begründet. Die zunehmende Tendenz zum "alternativlosen Einheitsbrei" - hierzulande besonders deutlich durch die große Koalition - entfremdet uns von vielen unserer Stammwähler. Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung ist ein klares Indiz hierfür. Auch die Sozialdemokratie sprach und spricht viel zu viel von Deregulierung, Privatisierung, Wettbewerbsfähigkeit und all dieser neoliberalen Propaganda. Aktuell ist die Haltung zu TTIP, dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU bezeichnend. Solch ein Freihandelsabkommen bedeutet noch mehr Wettbewerb, zu Lasten von Arbeitnehmern, Verbrauchern und der Umwelt. Solch ein Abkommen liegt im Interesse der Finanzmärkte, für die es schon längst keine Grenzen mehr gibt, multi-nationaler Konzerne und der sehr kleinen Schicht von Besitzern großer Kapitalvermögen. Durch noch mehr Wettbewerb sollen die Renditen noch mehr steigen. Die Sozialdemokratie sollte eigentlich wissen, wo sie bei dieser Aus-einandersetzung stehen sollte. Diese Anbiederung und Unterordnung an vermeintlich wirtschaftliche Sachzwänge ist es, was uns von unseren Wählern entfremdet. Diese Entfremdung stärkt Anti-

Politiker und Populisten. Es wird Zeit, dass die Sozialdemokratie sich besinnt und wieder eine Alternative zur neoliberalen Ideologie entwickelt.

Bremer Verhältnisse schrieb am 11.08.2015

Ja, HerbertJ hat Recht. TTIP, CETA usw. schaffen zusätzliche Sachzwänge, mit denen die etablierten Politiker dann argumentieren, sie könnten nichts anders machen - also sie unterlägen alternativlos Sachzwängen .
Aber auch im Kleinen, in Bremen, nach den Bürgerschaftswahlen (Wahlbeteiligung noch knapp über 50%), bei denen die SPD besonders in ihren Hochburgen durch Wahlenthaltung Stimmen verloren hat, macht sie weiter wie bisher: Das öffentliche meist diskutierte Thema seither ist die Aufhübschung der Innenstadt und wie dort mehr Läden für den besonderen Geschmack angesiedelt werden könnten. Die Sorgen der Nichtwähler sind eher, wie sie ihren täglichen Bedarf decken.
So fällt die Gesellschaft weiter auseinander und "die Politiker" repräsentieren zunehmend nur die, die zu dem schrumpfenden Anteil der Besitzenden oder Etablierten gehören und die wählen gehen.
Die Aufregung ist groß, wenn die Nichtwähler in

Bewegung geraten. Sie werden dann "radikal" in der ein- oder anderen Richtung. Meist ungerecht und unsympathisch. Ihr Blick reicht gerade bis zum unmittelbaren sozialen Nachbarn (Flüchtlingen usw.), von denen sie glauben, dass sie Konkurrenten am sozialen Topf wären (z.B. werden zunehmend Flüchtlinge zu den „Tafeln“ geschickt). Aber an die Großen und Mächtigen traut sich keiner auch nur gedanklich heran. Eher suchen sie sich dort ihren Patron.
Genossenschaftliche Selbstorganisationen mit politischem Anspruch gibt es selten und meist nur in kleinsten Ökobewegungen. Solche mit sozialdemokratischem Anspruch müssten wieder entstehen, sich vernetzen und praktische wie theoretische Perspektiven entwickeln.

Heinrich Triebstein schrieb am 11.08.2015

Die hessische SPD hat 2008 aus der Opposition heraus über 36 Prozent Zustimmung in der Wählerschaft erhalten. Sie hatte inhaltlich gearbeitet. Die Bundes-SPD hat sich auf den vermeintlichen Verdiensten der rotgrünen Koalition ausgeruht und ist sowohl 2009 wie 2013 hochverdient mit 23 bzw. 25 Prozent abgestraft

worden. Die Bundes-SPD will einfach nicht begreifen, dass die Lage nach dem Finanzkrach von 2008 grundlegend verändert ist. Ein Kenner der Realwirtschaft sagte schon 2006 (!), der Attac-Vorschlag einer Besteuerung von Finanztransaktionen sei viel zu harmlos. Abgeschafft gehöre der Finanzsektor. Daraus die Konsequenz zu ziehen und für ein Mitte-Unten-Bündnis zu arbeiten, halte ich für die Aufgabe einer Partei, die den Anspruch, Volkspartei zu sein, nie aufgegeben hat. Das Positive an den -gidas war die Gewaltlosigkeit, mit der sie angetreten sind. Was unerträglich an ihnen ist: Sie schimpfen nach oben und treten nach unten. Die gegen die -gidas antretenden Bürgerinnen und Bürger waren (bis auf Dresden) immer zahlenmäßig stärker. Wir in unserem Projekt werben dafür, dass eben diese -gida-Gegner zu sagen beginnen, WOFÜR sie sind. Die Autoren Robert und Edward Skidelsky nennen sieben Basisgüter, die allen Menschen weltweit zugänglich zu machen sind: Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaft, Muße. Es gilt, nach oben zu fordern und unten sich einig zu werden. Und die Mitte könnte ihrer menschlichen Würde aufhelfen, indem sie aufhört, den Radfahrer zu geben: nach oben buckeln und nach unten treten.

Petzer schrieb am 11.08.2015

Ich stimme Jan Buruma ebenso zu, wie HerertJ. Das schliesst wohl nicht aus, noch andere Gründe zu nennen: Als ich vor 60 Jahren als Austauschschüler im Mittleren Westen der USA war, fiel mir sofort auf, dass meine in Good Old Germany erlernte differenzierende Denk-und Redeweise nicht verstanden wurde. Ich merkte bald, dass ich so keinen Unterhaltungswert hatte. Als ich " jokes" einbaute, hatte ich sofort Erfolg. Dieses "Rezept" kannten die Alten Römer und nannten es "Brot und Spiele". Insofern hat der Polit-Clown Tradition. Komplizierte Sachverhalte halten Pegida- Demokraten nicht aus. Die Welt wird besser verständlich durch Donald Duck. (Geschichte wurde und wird in USA- Schulen mittels Kreuzworträtseln vermittelt.) Der Vorbehalt gegen Eliten wird sofort erhoben, wenn der Vermittlung von Politik jeder Unterhaltungswert fehlt. Das weiss auch Siegmar Gabriel ziemlich gut. Der gibt gerne den Joker. Nichts desdo weniger ist seine legere Einstellung zu TTIP und CETA ein Skandal angesichts des gar nicht unterhaltsamen und desdo elitäreren Geheim-Gehabes der EU.

Andrea aus+Bremen schrieb am 30.08.2015

Alles gesagt, liebe (Bremer) KollegInnen. Da kann ich nur nicken ...

Kurt Theobald schrieb am 07.09.2015

Parteiverdrossenheit! Wieso?
Dazu will ich etwas aus meinem Leben zur Erklaerung beitragen.
Es freut mich den Artikel von Heinrich Triebstein zu lesen. Es gibt noch Sozialdemokraten, die wirklich welche sind.
Z. Zt. lebe ich in Amman, stamme aus einem kleinen Dorf, Genheim, damals 320 EW, ueber 60 % SPD-Waehler und studierte bewusst an der GhK in Kassel anstatt an einer „Elite-Uni“ und war dort auch noch SPD-Mitglied, wo ich Heinrich Triebstein, vor allem auch seine Frau bei sozialer Taetigkeit kennen gelernt habe.
Bis ich nach Kassel kam war ich SPD-Mitglied. Und auch viel staerker ideologisch gepraegt als heute. Warum bin ich dies nicht mehr?
Nun ich bin fuer wirkliche Demokratie und vor allem

fuer freie Meinungsaeusserung.
Als bei der Debatte um die Pershingstationierung hunderttausende nach Bonn fuhren und dort auch Willy Brand sprach, wurden SPD-intern Hansen und Kopick aus der Partei ausgeschlossen, weil sie sich erlaubt hatten, gegen die Stationierung zu sprechen. Waere ich von Bedeutung gewesen, haetten sie auch mich rausgeschmissen. Meine und vieler anderer logische Konsequenz war der Austritt aus der SPD.
Was ist mit Meinungsfreiheit, die im Grundgesetz garantiert ist? In den Fuenfzigern wurde die KPD verboten, weil sie anderer Meinung waren, als die gerade an der Macht seienden brauchen konnten. Rechte Parteien waren mit ihrer Meinung willkommen. Heute passt die Meinung der NPD etc. nicht in den Kram, also wieder Verbotsversuche.
Warum fuerchten die etablierten Parteien abweichende Meinungsaeusserungen so sehr? Sind sie so wenig von ihren eigenen Auffassungen ueberzeut? Sind sie mit ihrer Denke vielleicht zu weit weg von des „Volkes Wille“? Zaehlt des „Volkes Wille“ ueberhaupt noch? Warum mussten/muessen Dinge wie Weiterbetreibung der AKWs oder TTIP durchgedrueckt werden, obwohl jedem eine eindeutige Mehrheistmeinung dagegen in der

Bevoelkerung klar sein muss.
Mit jedem solchen Schritt entfremdet sich die SPD mehr und mehr von ihrer Stammklientel und verliert konsequenterweise an Stimmen. Der traditionelle Waehler der SPD wollte eine linke soziale Politik, die die Interessen der arbeitenden Bevoelkerung vertritt.
Und was macht die SPD? Sie koaliert lieber mit der CDU als mit den Linken und macht Politik fuer den Profit anstatt fuer den Menschen!
